Die sich öffnende Lohnschere verschärft den Verteilungskampf. Die Gewerkschaften verlangen unter Verweis auf die kräftigen Einbußen in der realen Kaufkraft verstärkte Lohnanhebungen. Den westdeutschen Arbeitnehmern würde in der Tat nur schwer eine Lohnpolitik vermittelt werden können, die zu einer weiteren Absenkung ihrer Kaufkraft führte. Dem Argument, aus dem Einigungsprozeß seien Lasten zu tragen, können die Arbeitnehmer entgegenhalten, sie täten dies bereits. Ein Versuch der Gewerkschaften, die Kaufkraft der Lohnbezieher nicht weiter absinken zu lassen, sondern wieder anzuheben, kann aus dieser Sicht nicht als unverhältnismäßig gelten. Nur: ein lohnpolitischer Erfolg für die Gewerkschaften wäre ein Mißerfolg für die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft. Die im internationalen Vergleich immer noch hohen Arbeitskosten würden zusätzlich erhöht. Die Stabilisierung der Lohnstückkosten, die vor allem dank verbesserter Produktivität eingesetzt hat, würde abgebremst. Damit würden sich die Unternehmenserträge, die in der Rezession dahingeschmolzen waren, nicht so stark regenerieren können, wie dies zur Beschleunigung des Wachstums und zur Ausweitung der Beschäftigung nötig wäre.

Die Tarifparteien haben es schwer wie selten, die Gratwanderung zwischen der Begrenzung der Arbeitskosten und der Erhöhung der Kaufkraft zu meistern. Aus diesem Dilemma kann nur herausführen, wer hineingeführt hat: der Staat. Daß sich die Schere zwischen realen Arbeitskosten und realer Kaufkraft im Zeitraum 1991 bis 1995 so deutlich erhöht, ist vornehmlich vom Staat zu verantworten. Die Arbeitnehmer müssen 1995 im Vergleich zu 1991 im Durchschnitt gut 3.800 DM mehr an Steuern und Abgaben tragen; die von den Arbeitgebern zu zahlenden Arbeitgeberbeiträge liegen je Arbeitnehmer um fast 2.200 DM über dem Wert von 1991. Preissteigerungen mindern zwar die Reallast der Abgaben, aber dies nur zum Teil. Per saldo steigt die reale Belastung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer durch Abgabenerhöhungen, wie die sich weiter öffnende Lohnschere belegt. Indem höhere Abgabenlasten den Unternehmern zusätzliche Arbeitskosten aufbürden und zugleich die Kaufkraft der Arbeitnehmer schmälern, torpedieren sie tarifpolitische Verständigungsmöglichkeiten. Dringlich ist eine lohnpolitische Doppelstrategie. Die Gewerkschaften sollten sich im Interesse der Wettbewerbsfähigkeit bereit finden, den Anstieg der Arbeitskosten im Zaum zu halten, also Fortsetzung des maßvollen lohnpolitischen Kurses. Der Staat muß verbindlich zusagen, daß er die Abgabenlast senkt; nur dadurch kann die Kaufkraft der Arbeitnehmer trotz Lohnzurückhaltung angemessen steigen. Kurz: Die neue Bundesregierung muß alles tun, um die Lohnschere wieder zu schließen, und dies nicht erst übermorgen.

Rüdiger Pohl

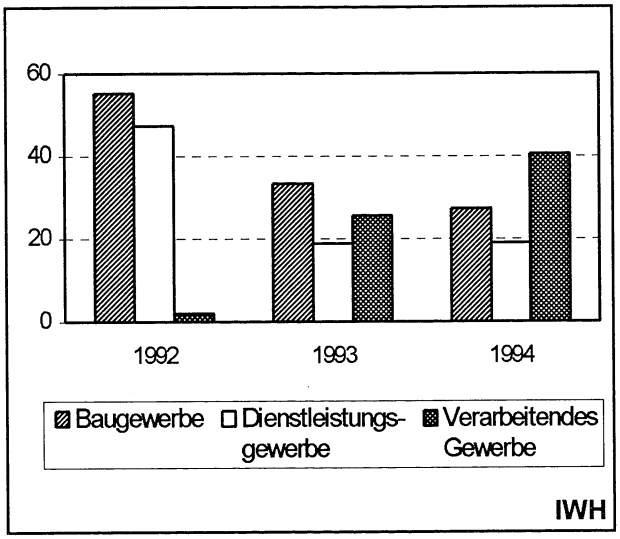
Ostdeutschland: Wandel der Wachstumskräfte

In den neuen Bundesländern haben sich die wirtschaftlichen Auftriebstendenzen im ersten Halbjahr 1994 verstärkt. Das Bruttoinlandsprodukt ist gegenüber der ersten Jahreshälfte von 1993 um 8,9 vH angestiegen. Das seit 1992 anhaltende Produktionswachstum beginnt sich auf die Beschäftigung auszuwirken. Erstmalig übertrifft die Schaffung neuer Arbeitsplätze den Arbeitsplatzabbau. Die Beschäftigungseffekte sind allerdings gering, gemessen an 1,2 Millionen registrierten Arbeitslosen im Durchschnitt des ersten Halbjahres 1994 und über 0,5 Millionen Arbeitnehmern, die dank der verschiedenen Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik vor der offenen Arbeitslosigkeit bewahrt werden. Die Trendwende am Arbeitsmarkt scheint jedoch erreicht zu sein.

Die Wachstumsbasis der ostdeutschen Wirtschaft hat sich verbreitert. In den ersten Jahren ihres weitestgehenden Neuaufbaus beruhte die Zunahme des Bruttoinlandsprodukts - angeregt durch das massive Engagement des Staates bei

der Schaffung einer modernen Infrastruktur sowie bei der Förderung gewerblicher Investitionen - vor allem auf den Leistungen des Baugewerbes (vgl. Abbildung 1). Kräftige Impulse gingen auch vom Nachholbedarf der privaten Haushalte und der Wirtschaft auf das Dienstleistungsgewerbe aus. Dazu kamen Wachstumseffekte aus der Neuverteilung der Aufgaben zwischen Staat und Dienstleistungsunternehmen. Die Versorgung mit Arztleistungen entfiel beispielsweise fortan auf private Anbieter und nicht mehr auf staatliche Einrichtungen.

Abbildung 1:
Beitrag ausgewählter Wirtschaftsbereiche zum Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in Ostdeutschland in vH



Wachstumsträger Industrie

Im Laufe des Jahres 1993 sprang die wirtschaftliche Erholung auf das Verarbeitende Gewerbe über. Zwar hatten einzelne Branchen nach dem schockartigen Einbruch im ersten Jahr der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion bereits 1991 und 1992 im Sog des Bau- und Dienstleistungsaufschwungs auf Wachstum umgeschaltet. Das galt nach der Modernisierung des Produktionsapparates auch für den auf lokale Anbieter ausgerichteten Teil der Nachfrage der privaten Haushalte nach Erzeugnissen einiger Branchen des Ernährungsgewerbes. Insgesamt überwogen jedoch in dieser Phase die Schrumpfungsprozesse, insbesondere in jenen Branchen, die einst den Kern der DDR-Industrie bildeten, in der Chemischen Industrie, dem Maschinenbau sowie der Elektrotechnik. Hier machte und macht sich die unzureichende Wettbewerbsfähigkeit sehr deutlich und lange bemerkbar, verstärkt durch den weitgehenden Wegbruch der Ostmärkte und die rezessive Phase der Weltkonjunktur. Mitte 1993 ging die Talfahrt des Verarbeitenden Gewerbes zu Ende. Es setzte eine Phase des Anstiegs der Produktion ein, der fast alle Branchen erfaßte.

Im ersten Halbjahr 1994 hat das Verarbeitende Gewerbe wieder vier Fünftel des Produktionsniveaus erreicht, mit dem es in die Marktwirtschaft gestartet war. Bis auf wenige Ausnahmen im Verbrauchsgütersektor, in dem die Schrumpfung noch andauert, nimmt die Produktion in allen anderen Branchen zu, wenn auch äußerst ungleichmäßig. Auf der einen Seite wächst die Zahl der Branchen, die ein wichtiges Etappenziel bei der Rückgewinnung ihrer Leistungskraft passiert haben. Dort werden, gemessen an der Nettoproduktion, mindestens wieder soviel Industriegüter hergestellt wie zum Zeitpunkt der deutschen Vereinigung. Auf der anderen Seite besteht für einige Branchen inzwischen Gewißheit, daß Hoffnungen auf die Wiederkehr ihrer relativen Bedeutung wie in den Zeiten der Planwirtschaft in den Bereich der Illusion gehören.

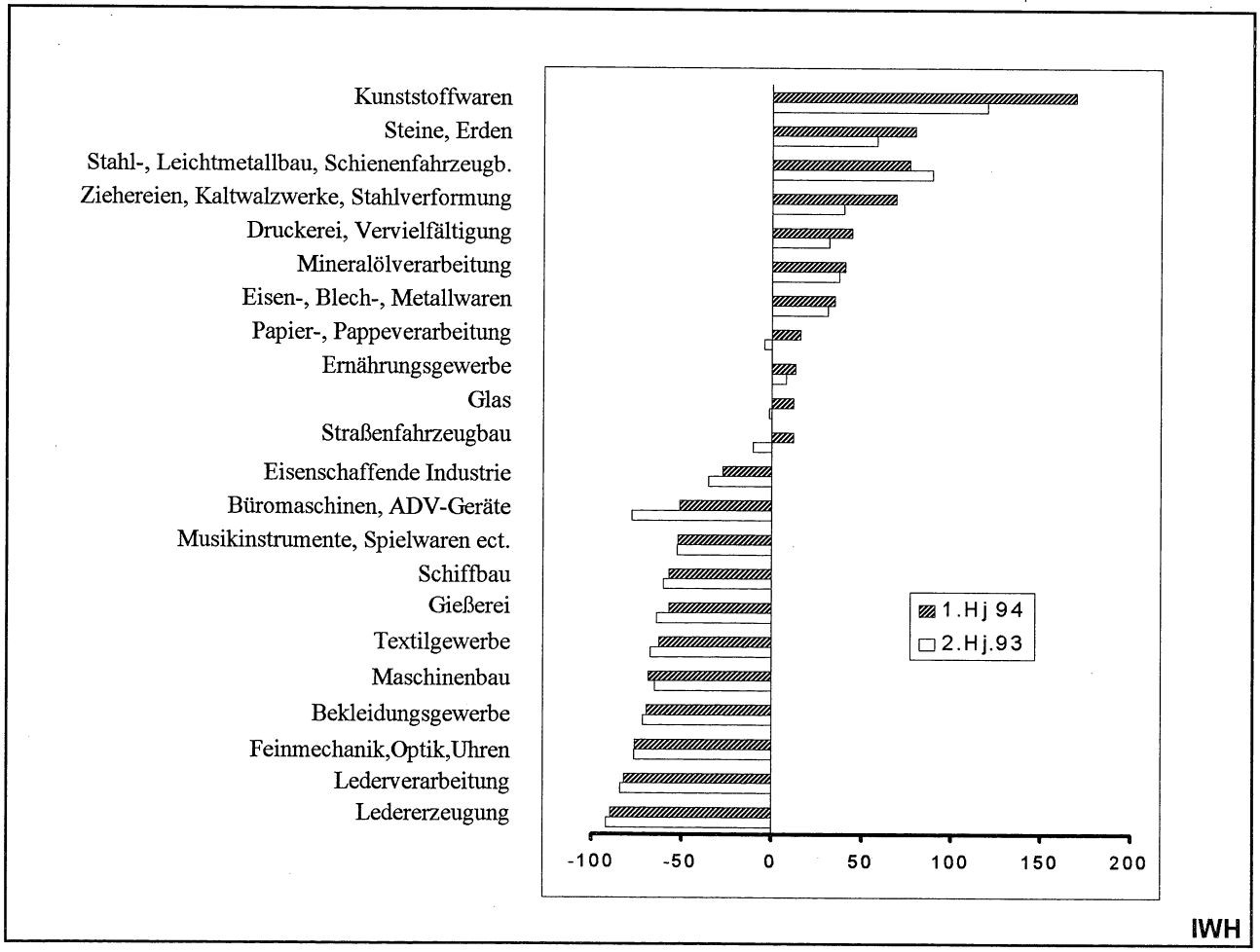
Der Wandel der Wachstumsträger im Verarbeitenden Gewerbe wird bereits deutlich an der Aufzählung der Branchen und der Staffelung der Zeitpunkte, zu denen ihre Produktion zumindest wieder auf das Niveau beim Start in die Marktwirtschaft angestiegen ist. Waren es 1991 die Mineralölverarbeitung, der Schienenfahrzeugbau, die Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren sowie das Druckerei- und Vervielfältigungsgewerbe, so kamen 1992 die Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden, die Ziehereien und Kaltwalzwerke, der Stahl- und Leichtmetallbau, die Herstellung von Kunststoffwaren sowie die Getränkeindustrie und die Süßwarenproduktion hinzu. In der zweiten Hälfte des Jahres 1993 übertrafen auch die Stahlverformung, Oberflä-

chenveredlung und Härtung sowie die Holzverarbeitung das monatlich durchschnittliche Produktionsniveau des zweiten Halbjahres von 1990. Im ersten Halbjahr 1994 wurde dieses Branchenspektrum um den Straßenfahrzeugbau, die Herstellung und Verarbeitung von Papier, Pappe und Glas sowie die Backwarenproduktion erweitert. Im Durchschnitt haben damit sowohl das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe als auch das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe das Produktionsniveau der Startphase in die Marktwirtschaft wieder erreicht und überflügelt.

Rückstände bestehen weiter vor allem im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe, obwohl auch hier Erholungstendenzen unverkennbar sind. So hat der Maschinenbau seine Nettoproduktion im ersten Halbjahr 1994 gegenüber dem Vorjahr um 9 vH, die Elektrotechnik sogar um 24 vH steigern können. Die Produktion liegt jedoch mit zwei bzw. drei Fünfteln noch deutlich unter dem Einstiegsniveau in die Marktwirtschaft. Auch die Produktion der Chemischen Industrie hat mit 14 vH im ersten Halbjahr 1994 gegenüber dem Vorjahr wieder an Fahrt gewonnen. Sie nähert sich damit der Zwei-Drittel-Marke des zweiten Halbjahres von 1990 an.

Ein umfassenderes Bild über die eingetretenen Strukturverschiebungen vermitteln die Produktionsabstände der Branchen vier Jahre nach der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion von ihrem Startniveau (vgl. Abbildung 2).

Abbildung 2:
Gewinner und Verlierer von Produktionsanteilen in der ostdeutschen Industrie (Auswahl)
- Veränderung der Nettoproduktion gegenüber 2. Halbjahr 1990 in vH -



Produktionsanstieg und Wettbewerbsfähigkeit des Verarbeitenden Gewerbes

Die Produktionssteigerungen im Verarbeitenden Gewerbe sind zunächst Ausdruck der wieder zunehmenden Nachfragebindung an Produkte aus Ostdeutschland. Dies wiederum ist nicht allein Ergebnis einer Rückbesinnung der hiesigen Verbraucher auf einheimische Erzeugnisse sondern steht vor allem in einem engen Zusammenhang mit Verbesserungen auf der Angebotsseite, der Erneuerung der Produktpalette und der Modernisierung des Produktionsapparates. In den vier Jahren seit der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion sind über 450 Mrd. DM in Ausrüstungen und bauliche Anlagen investiert worden. Wenn vom Gesamtvolumen auch allein drei Fünftel in den Ausbau der Infrastruktur geflossen sind, so entfielen auf das Verarbeitende Gewerbe immer noch beachtliche 20 vH. Dazu gehörten die bekannt gewordenen Großinvestitionen in jenen Branchen, die in Abbildung 2 unter den Gewinnern von Produktionsanteilen in der Industrie zu finden sind, wie zum Beispiel der Kraftfahrzeugbau, die Baustoffindustrie, die Papier- und Pappeindustrie, die Zuckerindustrie. Wie die Fördermittelstatistik ausweist, wurden zudem nicht geringe Mittel in Klein- und Mittelunternehmen zur Modernisierung des Produktionsapparates aufgewandt. Aber auch in Branchen, die Produktionsteile verloren haben, wie zum Beispiel der Chemi-

Produktion, Produktivität und Lohnbelastung des Umsatzes im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe im 1. Halbjahr 1994
- Veränderung gegenüber dem Halbjahresniveau mit dem Tiefstand der Nettoproduktion in vH -

	Netto-produktion	Umsatz je Beschäftigter	Lohn-Umsatz-Relation	ABL=100
Herstellung von Kunststoffwaren	355,2	401,4	-51,2	88,6
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	243,1	499,6	-58,0	90,1
Straßenfahrzeugbau, Reparaturen von Kfz usw.	163,0	364,5	-56,3	62,3
Stahl-, Leichtmetallbau, Schienenfahrzeugbau	89,0	27,3	67,9	164,0
Papier-, Pappeverarbeitung	59,8	340,4	-42,6	109,1
Herstellung von Musikinstrumenten, Spielwaren ect.	58,2	42,8	-20,1	162,7
Zellstoff-,Holzschliff-,Papier- und Pappeerzeugung	46,9	43,3	-23,9	113,0
Gummiverarbeitung	46,3	71,6	-22,1	118,1
Herstellung und Verarbeitung von Glas	44,9	73,4	-31,6	106,5
Feinmechanik, Optik, Herst. von Uhren	43,4	163,0	-52,9	136,1
Druckerei, Vervielfältigung	41,8	103,7	-11,1	96,0
Holzverarbeitung	41,4	153,3	-35,2	109,1
Eisenschaffende Industrie	33,2	53,6	-4,0	77,6
Elektrotechnik	33,1	95,9	-19,1	129,8
Textilgewerbe	28,1	85,3	-36,9	140,0
Bekleidungsgewerbe	27,6	51,4	-26,9	244,7
Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren	23,5	409,6	-48,1	111,1
Gießerei	18,8	32,2	-21,3	127,8
Chemische Industrie	16,9	51,1	-26,8	136,4
NE-Metallerzeugung, NE-Metallhalbzeuge	14,8	265,4	-43,5	74,4
Feinkeramik	12,5	18,8	-10,9	151,1
Maschinenbau	9,6	40,3	-9,5	127,2
Verarbeitendes Gewerbe	28,4	150,9	-27,4	•

schen Industrie, dem Schiffbau und der Elektrotechnik, weitet sich die Investitionstätigkeit aus.

Die Investitionsaktivitäten sind ein notwendiger, aber noch kein hinreichender Indikator für die Erklärung der Produktionsausweitung in der ostdeutschen Industrie. Ihre Bedeutung für die Wettbewerbsfähigkeit kommt zunächst im Produktivitätswachstum zum Ausdruck. Allerdings zeigen sich darin auch die Einflüsse anderer, insbesondere passiver Faktoren zur Herstellung wettbewerbsfähiger Produktionsverhältnisse, wie z.B. der schlichte Wegfall nichtwettbewerbsfähiger Arbeitsplätze. Gerade sie haben das Erscheinungsbild der ostdeutschen Industrie bis vor kurzem geprägt. Gegenüber 1989 fiel 1993 die Zahl der Arbeitsplätze im Verarbeitenden Gewerbe um rund 2,2 auf 1,8 Millionen.

Gemessen am Umsatz je Arbeitskraft hat die Produktivität in dem von der Bundesstatistik monatlich erfaßten Berichtskreis der Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes mit mindestens 20 Beschäftigten in der Regel deutlich schneller, wenn auch graduell unterschiedlich zwischen den Branchen, zugenommen als die Produktion. Dieser Zusammenhang läßt sich sowohl für Branchen nachweisen, die das Produktionsniveau beim Eintritt in die Marktwirtschaft wieder erreicht oder bereits überschritten haben, als auch für solche, die von diesem Etappenziel noch mehr oder weniger weit entfernt sind (vgl. Tabelle).

Bereits dieser Indikator weist aber in einigen Fällen auf zu geringe Produktivitätsfortschritte hin, wenn der Anschluß an eine wettbewerbsfähige Produktion rasch hergestellt werden soll, so im Falle des Schienenfahrzeugbaus und bei der Herstellung von Musikinstrumenten, Spielwaren etc.

Die Anzeichen für noch bestehende Wettbewerbsnachteile verdichten sich, wird der Lohnfaktor in das Kalkül aufgenommen. Die stufenweise Angleichung der Tariflöhne an westdeutsche Verhältnisse hat einen Teil des schnelleren Produktivitätswachstums aufgebraucht. In der Regel ist die Lohnkostenbelastung des Umsatzes in den Branchen mit hohen Zuwächsen der Produktion stärker gesunken als in denen mit kleinen Zunahmen. Auch wenn es hier graduelle Unterschiede zwischen den Branchen gibt, so erklärt dieser Zusammenhang eher als allein das Produktivitätswachstum die Bedeutung der gestiegenen Wettbewerbsfähigkeit einer großen Zahl von Branchen für die Produktionssteigerungen. Einen Extremfall markiert wiederum der Schienenfahrzeugbau, in dem die Lohnkostenbelastung des Umsatzes sogar gestiegen ist. In der Eisenschaffenden Industrie hat sie sich seit Erreichen der Talsohle kaum geändert. In beiden Branchen ist bezeichnenderweise der Anteil der Treuhandunternehmen noch bedeutsam.

Der Anstieg der Produktivität wie auch der Rückgang der Lohn-Umsatz-Relation belegen die erreichten Fortschritte bei der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit im Verarbeitenden Gewerbe. Der Abstand zu den vergleichbaren Branchen in Westdeutschland wird zügig abgebaut. Allerdings geschieht das von Branche zu Branche mit unterschiedlichem Tempo. Wenn auch ein branchenspezifischer Produktivitätsvergleich aus statistischen Gründen noch kaum möglich ist, liefert die relative Lohn-Umsatz-Position hierfür Hinweise. Gemessen an der Lohn-Umsatz-Relation im Verarbeitenden Gewerbe Westdeutschlands haben sich in der Regel die am kräftigsten expandierenden Branchen in den neuen Bundesländern den westdeutschen Relationen angenähert oder sie sogar unterschritten. Zu dem Kreis, in dem sich die Situation bei weitem noch nicht ausreichend gebessert hat, gesellen sich viele der Branchen hinzu, die das Niveau der Nettoproduktion aus dem zweiten Halbjahr 1990 (noch) nicht wieder erreicht haben.

Ausblick

Im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe wurden spürbare Fortschritte bei der Herstellung der Wettbewerbsfähigkeit erzielt. Seine Rückkehr in den Kreis der gesamtwirtschaftlichen Wachstumsträger war mit einem enormen Arbeitsplatzabbau verbunden. Produktion und Beschäftigung steigen inzwischen wieder, allerdings von einem

niedrigen Niveau aus. Mit der Aufhellung des konjunkturellen Umfeldes und den weiteren Fortschritten bei der Modernisierung des Produktionsapparates wird diese Entwicklung andauern, auch wenn die Konturen der künftigen Wachstumsbranchen noch nicht hinreichend erkennbar sind. Allein hohe Zuwachsraten bei Produktion und Produktivität sind kein Garant für die Fortsetzung des begonnenen Wachstumskurses. Gemessen an westdeutschen Verhältnissen ist die Wettbewerbsfähigkeit auf der Kostenseite in vielen Branchen und Unternehmen trotz deutlicher Fortschritte noch nicht erreicht.

Udo Ludwig

Die umwelttechnische Industrie in Deutschland: Marktvolumen, Wettbewerbsfähigkeit und Entwicklungsperspektiven

Seit den siebziger Jahren ist die Nachfrage nach Umweltschutzgütern in den westlichen Industrieländern kräftig gestiegen. Umweltschutzgüter dienen der Erfassung, Vorbeugung, Vermeidung und Verminderung von Umweltbelastungen oder tragen zur Schonung der natürlichen Ressourcen bei (z.B. Abwasserbehandlungsanlagen oder Filter zur Abgasreinigung).[1] Vor allem in Westdeutschland haben sich immer mehr Unternehmen der „klassischen" Industriezweige auf die Produktion derartiger Güter spezialisiert. Eine kontinuierliche Beobachtung des Marktes für Umweltschutzgüter anhand amtlicher Statistiken ist allerdings problematisch, da es sich bei der „Umweltschutzindustrie" um eine Querschnittsbranche handelt, die sich vom Maschinenbau bis zum Baugewerbe über sehr unterschiedliche Wirtschaftszweige erstreckt.[2]

In einem Gutachten für das Bundesministerium für Wirtschaft haben das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) und das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung in Essen (RWI) ein Branchenbild der umwelttechnischen Industrie in Deutschland für das Jahr 1993 erstellt.[3] Erstmals wurden auch die Anbieter der neuen Bundesländer systematisch erfaßt.

Nach den Ergebnissen der im Rahmen dieser Untersuchung durchgeführten Unternehmensbefragung werden in Deutschland Umweltschutzgüter von 2.535 Unternehmen mit rund 170.000 Beschäftigten produziert. Der Umsatz im Bereich der Umwelttechnik betrug im Jahre 1993 etwa 55 Mrd. DM, wovon etwas über vier Mrd. DM auf die neuen Bundesländer entfielen (vgl. Tabelle 1).

Tabelle 1:
Eckdaten zur umwelttechnischen Industrie in Deutschland -1993 -

Merkmale	Deutschland	darunter: Ostdeutschland
Anzahl der Anbieter von Umwelttechnikgütern	2.535	500
Umsatz in Mrd. DM	55,5	4,05
Anzahl der Beschäftigten	171.501	21.429
Investitionen in Mrd. DM	6,9	1,4
FuE-Aufwand in Mrd. DM	1,7	0,134

Quelle: IWH/RWI-Unternehmensbefragung 1994.

1 Vgl. z.B. Rasmussen, V.: Environment-protection industries and services, Manuskript, Kopenhagen 1993.

2 Dazu kommen Abgrenzungsprobleme, die u.a. daraus resultieren, daß Umweltschutzgüter wie z.B. Pumpen auch für ganz andere Zwecke verwendet werden können.

3 Vgl. Halstrick-Schwenk, M.; Horbach, J.; Löbbe, K.; Walter, J.: Die umwelttechnische Industrie in der Bundesrepublik Deutschland - Branchenbild, Gutachten des IWH und des RWI im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft, Halle/Essen 1994.